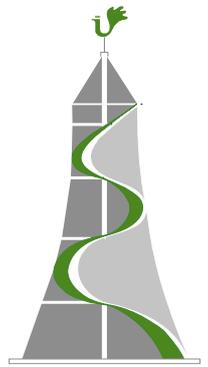


Sechs Fragen
des Verschönerungsvereins Stuttgart e.V.
an drei Kandidaten
zur Wahl des Oberbürgermeisters für Stuttgart im Herbst 2012



Vorbemerkung:

Wie andere Vereine und Initiativen es auch schon bei früheren Wahlen taten, hat sich der Verschönerungsverein Stuttgart e.V. entschlossen, in diesem Jahr den drei aussichtsreichen Bewerbern um das Amt des Oberbürgermeister Stuttgarts, **Sebastian Turner, Fritz Kuhn** und **Bettina Wilhelm**, sechs Fragen zu stellen, die seinen Arbeitsbereich betreffen.

Hierbei sieht der Verein seinen Arbeitsbereich in der Gesamtheit aller Gestaltungen, die das Bild der Stadt und seine Erlebbarkeit betreffen, also in allen Aspekten der Bereiche Park, Wald, Denkmal und Stadtbild. Hierzu verweisen wir darauf, dass der Verein schon vor rund 50 Jahren damit begann, sich zu großen Bau- und Verkehrsprojekten in der Stadt - auch ohne den Anlass eigener Betroffenheit - mit sachlich fundierten Stellungnahmen und Anregungen zu Wort zu melden und also schon in den 1960er-Jahren heute gesetzlich verbriefte Beteiligungsrechte antezipierte.

Die Stellungnahmen und Anregungen des Vereins werden erarbeitet von Fachgruppen, in denen Angehörige der verschiedenen betroffenen Fachrichtungen mitarbeiten. Zu Fragekomplexen, zu denen wir keine personelle Kapazität aufweisen, äußern wir uns grundsätzlich nicht.

Alle drei genannten Bewerber haben sich bereit erklärt, an der Aktion teilzunehmen, und erhielten die sechs ausführlichen Fragen am 23.05.2012 übermittelt. Es wurde eine Beantwortungszeit von rund einem Monat eingeräumt. Wir haben ausdrücklich keine Mindest- oder Höchstlänge der Antworten verlangt.

Nachfolgend geben wir die Fragenkomplexe und die Antworten der Bewerber im Wortlaut wieder. Die Reihenfolge der Antworten alterniert, wobei die Reihenfolge der Antworten auf die erste Frage der Reihenfolge des (kurz aufeinander folgenden) Eingangs der Antworten entspricht. Die dezente Färbung der Namensüberschriften der Antworten soll der besseren Unterscheidbarkeit dienen.

Der Verschönerungsverein wird diese Texte auch auf seiner Homepage www.vsv-stuttgart.de zur Verfügung stellen und seinen rund 600 Mitgliedern übermitteln. Über die Anfertigung einer Kurzfassung der Antworten in der Gegenüberstellung wird noch entschieden werden.

Eine Kommentierung oder gar Wahlempfehlung werden wir nicht abgeben.

Frage 1:

Bewahrung des Stadtbildes:

Stuttgart verfügt über die im bundesweiten Vergleich einmalige topografische Situation, dass die Kernstadt in einen weitgehend bewaldeten Talkessel eingebettet ist. Der sich daraus ergebende Reiz der Stadt ist ein Alleinstellungsmerkmal auch im Sinne weicher Standortfaktoren. Dieser Reiz erfährt durch in Höhe und Kubatur überdimensionierte Neubauvorhaben im Talkessel eine ständige Bedrohung. Auch historische Sichtachsen, einzelne Gebäude und Gebäudeensembles werden hierdurch beeinträchtigt. Unsensibel gestaltete und durch exzessive Nutzung, Werbe- oder Photovoltaik-Anlagen unästhetische Dachlandschaften verstärken diese Bedrohung des Stadtbildes. Andererseits wird von Investoren bei Neubauvorhaben aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eine stetig zunehmende Bebauungsdichte gefordert.

Welche Priorisierung und Gewichtung der beiden widerstreitenden Belange "*Bewahrung des Stadtbildes*" und "*Entwicklungsmöglichkeiten für Bauherren*" werden Sie im Falle Ihrer Wahl zum Grundsatz Ihrer diesbezüglichen Entscheidungen machen?

Antwort Fritz Kuhn:

In der Tat hat Stuttgart eine wunderbare und charakterprägende Topografie. Wenn man auf einer Bank auf der Karlshöhe sitzt, kann man das in seiner gesamten Einzigartigkeit sehen. Natürlich steht das alles im Spannungsfeld zum Thema „Entwicklungsmöglichkeiten für Bauherren“. Die Grundlinie künftiger Stadtpolitik wird sein, die Bewahrung des einzigartigen Stadtbildes zur Leitlinie zu machen. Natürlich wird man im Einzelnen abzuwägen haben. Doch der Grundsatz muss klar sein: Das was Stuttgart auszeichnet, die einzigartige Topografie, wird nicht weiter wie in der Vergangenheit aufs Spiel gesetzt. Und das was gebaut wird, muss so gebaut werden, dass es zu Stuttgart passt.

Ich erlaube mir, noch anzumerken, dass ich in Photovoltaikanlagen kein Problem sehe. Schließlich ist die Energiewende auch in unserer Stadt zu stemmen.

Antwort Bettina Wilhelm:

Ich gebe Ihnen Recht. Es ist ein anspruchsvoller Prozess und eine ständige Auseinandersetzung zwischen der Erhaltung der Stadtbildqualität und den wirtschaftlichen Interessen der Bauherren. Der städtebauliche Charakter Stuttgarts - zwischen Talkessel und den Hängen durchaus ein Alleinstellungsmerkmal - ist zu halten und die sensiblen historischen Teile und Achsen zu sichern. Deshalb darf die Diskussion über das Stadtbild nicht mit dem Argument für beendet erklärt werden, dass man über Schönheit streiten könne. Ich stehe für eine ernsthafte politische Auseinandersetzung.

Weiche Standortfaktoren sehe ich gleichberechtigt neben den vermeintlich harten und wirtschaftlichen Faktoren stehen. Gelungene städtebaulich-architektonische Lösungen beeinflussen wesentlich die Attraktivität und auch den Marktwert eines Standortes.

Städtebauliche Nachverdichtungen müssen Rücksicht auf die notwendigen urbanen Qualitäten des Nahbereichs nehmen. Besonders in historischen Bezügen, wie zum Beispiel am Karlsplatz, sind überdimensionierte Baumassen und überzogene Dachlandschaften zu vermeiden. Für Photovoltaikanlagen, die einen wichtigen Beitrag zur Energiewende darstellen, sind insbesondere für den Bereich der Halbhöhenlagen und des Talgrundes klare Regeln aufzustellen, die eine Nutzung der Sonnenenergie ermöglichen und zugleich das Stadtbild nicht beeinträchtigen. Die Bewahrung des Stadtbildes ist eine dauerhafte Aufgabe, die sorgfältig und unter Berücksichtigung der jeweiligen städtebaulichen Situation erfolgen muss.

Antwort Sebastian Turner:

Als Oberbürgermeister will ich unser historisch gewachsenes Stadtbild bewahren. Eine das Stadtbild besonders schonende Möglichkeit sehe ich bei Investitionen in den Bestand. Viele bestehende Gebäude in Stuttgart bergen großes Potential etwa für zusätzlichen Wohnraum.

Dort, wo neu gebaut werden soll, gibt es oft unterschiedliche Interessen zwischen Bauherren und Investoren, der Stadtverwaltung und den politischen Gremien sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Hier brauchen wir neue und bessere Verfahren in der Planung, um die Bürger nicht nur zu informieren, sondern zu beteiligen. Oft genug haben in der Vergangenheit Stadtverwaltung, Investor und Architekt bei einer zu bebauenden Fläche den Bürgerinnen und Bürger in einer öffentlichen Veranstaltung fertige Pläne präsentiert und über die Vorzüge der Pläne informiert. Eine weitere Beteiligung war in der Regel nicht vorgesehen. Dies möchte ich verbessern und effizienter gestalten. Hierzu sollten die Verfahren „vom Kopf auf die Füße“ gestellt werden. Am Anfang eines Bauvorhabens muss die Formulierung des Ziels unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürgern stehen. Das Instrument der Planungszelle halte ich für eine geeignete Möglichkeit, um die Bürger frühzeitig und effizient in Planungsprozesse einzubinden.

Frage 2:

Neues Stadtviertel Rosensteinquartier:

Im Zuge der Realisierung des Bahn- und Stadtentwicklungsprojekts *Stuttgart 21* wird ein 100 Hektar großer neuer Stadtteil mit Park entstehen. Alle bisher hierzu vernehmbaren Stimmen wünschen eine **Stadtentwicklung der neuen Art**, bei der Fehler in der Dimensionierung und Mischung neuer Nutzungen, wie sie bei anderen Entwicklungsflächen auch im Zuge von *Stuttgart 21* schon vorkamen, vermieden werden sollen. Ein denkbares Modell könnte sein, im Verfahren sog. *An-die-Handgabe-Vereinbarungen* (Informationen beiliegend) den Grundstücksverkauf nicht an den Anfang, sondern an das Ende eines Planungsprozesses des Investors zu stellen und z.B. rechtsverbindliche Zielvorgaben für Vermarktungspreise zu machen. Ein anderes Modell wäre die Vermarktung der Flächen ausschließlich oder teilweise im Wege von Erbbaurechten anstelle der Übertragung des Volleigentums.

Welche Position nehmen Sie diesbezüglich ein bzw. werden Sie im Falle Ihrer Wahl zum Grundsatz Ihrer diesbezüglichen Entscheidungen machen? Sind Sie ggf. bereit, über die bereits vorliegenden Rechtsgutachten hinaus weitere Rechtsmeinungen z. B. aus der Lehre einzuholen?

Antwort Bettina Wilhelm:

In diesem Quartier kann eine Art „ideale Stadt“ gebaut werden, wo der Mensch im Vordergrund steht und ökologische vor ökonomischen Interessen stehen. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind ausgesprochen groß. Denn die Stadt besitzt die Grundstücke und die Planungshoheit. Die Zeit bis zur Realisierung muss genutzt werden, um die Bürgerschaft frühzeitig, bereits schon bei der Aufstellung grundlegender der Planungskriterien einzubeziehen. Erst danach folgen städtebauliche, landschaftsplanerische und architektonische Wettbewerbe und letztlich die Vergaben. Dabei sollte auf größtmögliche Transparenz geachtet werden. Der Verkauf darf erst nach der Planung stattfinden. Dies hat sich auch bereits bei der Hamburger HafenCity bewährt. Es bringt die Investoren dazu, das zu halten, was sie versprochen haben. Die Vergabe von Erbbaurechten ist ebenfalls ein geeignetes Mittel, besonders dann, wenn die Erbbaurechtsverträge unmissverständliche Regelungen enthalten. Ziel sind Wohnungen für jeden Geldbeutel und jeden Bedarf - für jung, alt, Singles, Familien, WG's sowie generationenübergreifendes Wohnen. Baugemeinschaften und Baugenossenschaften sind besonders zu begrüßen. Es soll eine ausgewogene Mischung aus Eigentum, Mietwohnungen entstehen, wobei Sozialwohnungen besonders zu fördern sind.

Ich werde auch auf die Parzellierung der Grundstücke achten. Kleinere Grundstücke führen zu mehr Lebendigkeit. Welches Verfahren in welchem Bereich angemessen ist, muss in der weiteren Diskussion über das Rosensteinviertel entschieden werden. Neue Rechtsgutachten sind nach meiner Kenntnis nicht erforderlich, da das rechtliche Instrumentarium geklärt ist.

Antwort Sebastian Turner:

Ganz grundsätzlich muss die Möglichkeit der Beteiligung vor einer endgültigen Entscheidung gegeben sein. Das Anhandgabeverfahren kann so eine Maßnahme sein. Das Beispiel der Hafencity in Hamburg zeigt, dass es sich um ein erfolversprechendes Instrument handelt. Auch der (teilweisen) Vermarktung der Flächen anhand von Erbbaurechten stehe ich offen gegenüber. Einen großen Vorteil beim Rosensteinquartier sehe ich darin, dass die Stadt Stuttgart mit der Vermarktung der Flächen nicht den höchstmöglichen Preis erzielen muss. Das geeignete Instrument zur Vermarktung der Flächen will ich aber ebenfalls zum Gegenstand des in Antwort 1 beschriebenen Beteiligungsverfahrens machen. Hier ist noch alles offen. Somit besteht hinsichtlich der Flächen kein Zeitdruck.

Antwort Fritz Kuhn:

Ich bin mir nicht sicher, ob die Bahn in der Lage ist, Stuttgart 21 gerade um Bezug auf das Mineralwasser und den Kostenrahmen zu bauen. Auch treibt mich noch immer die Sorge um, ob der geplante unterirdische Bahnhof die versprochene Kapazität auch dann bringt, wenn Verspätungen den Sonnenscheinbetrieb unterlaufen. Natürlich brauchen wir auch eine gute Betriebsqualität für die Kundinnen und Kunden. Dies muss in der Praxis und nicht in gerechneten Simulationen belegt sein. Deshalb schlage ich vor, dass die Infrastruktur des Kopfbahnhofes nach Inbetriebnahme des unterirdischen Bahnhofs noch einen Fahrplanwechsel erhalten bleibt, bis klar wäre, ob der neue Bahnhof sich bewährt.

Gebaut werden kann das „Rosensteinviertel“ frühestens in 10-12 Jahren. Die Planungsprozesse müssen so angelegt sein, dass gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern überlegt wird, was in diesem Quartier geschehen soll und wie es geschehen soll. Gute Erfahrungen finden wir zum Beispiel bei der geplanten Bebauung des Olgäle im Stuttgarter Westen.

Wenn erste Ideen für das Rosenstein vorliegen, benötigt es etwa mehr Wohnungen, Büros, Geschäfte und Schulen, muss überlegt werden, wie die Grundstücke parzelliert und welche Investoren mit einer Bebauung beauftragt werden. Unter Investoren verstehe ich ausdrücklich auch Baugemeinschaften. Wenn das Rosensteingelände bebaut wird, dann mit Sicherheit mit einem Schwerpunkt beim familienfreundlichen Wohnen. Außerdem sollte das Quartier sowohl unter Energie- als auch Verkehrsgesichtspunkten Baugeschichte schreiben können.

Frage 3:

Landschaftsbrücke Rohrer Höhe:

Der Verschönerungsverein war 1998 Urheber des in Fachkreisen hoch gelobten Vorschlags einer *Landschaftsbrücke auf der Rohrer Höhe*, des sog. *Brückenschlages* (Broschüre auf beigefügter CD), mit dem die landschaftlich sehr nachteiligen Auswirkungen der Gleisanlagen der Rohrer Kurve im Zuge des Projekts S 21, Gäubahn und NBT Wendlingen – Ulm durch eine diese Gleise und die BAB 8 überdeckelnde Landschaftsbrücke erheblich gemindert werden könnten durch die Schaffung eines durchgehenden Grünzuges vom Schönbuch bis in den Stuttgarter Stadtwald. Wegen der Beteiligung der Bahn, des Bundes als Träger der Fernstraßenbaulast und mehrere Kommunen ist das Projekt planerisch und organisatorisch sehr ambitioniert.

Sind Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, diese Projektidee – auch zum Zwecke der ökologischen Bilanzverbesserung von S 21 – durch eigenen Einsatz gegenüber Bund und Bahn und in der Stadtpolitik aktiv zu befördern?

Antwort Sebastian Turner:

Die Planungen zu Stuttgart 21 auf den Fildern befinden sich mit dem sog. „Filderdialog“ in einer heißen Phase. Die Idee der Landschaftsbrücke auf der Rohrer Höhe hat mich sehr beeindruckt. Sicherlich wird ein so umfangreiches Projekt neben Herausforderungen bei der Planung und Organisation aber Schwierigkeiten bei der Finanzierung bereiten. Gerne will ich mich gegenüber Bahn, Bund und Land für Maßnahmen gegen die Landschaftszerschneidung im bewaldeten südwestlichen Teils Stuttgart einsetzen. Welche Lösung dabei herauskommt, kann heute nur schwer eingeschätzt werden.

Antwort Fritz Kuhn:

Der Filderdialog wird zeigen, welche der verschiedenen Alternativen die bessere ist und welche letztlich gebaut wird. Hier ist für mich die Anbindung an die Gäubahn ein zentrales Thema. Die von ihnen vorgeschlagene Überdeckelung ist jedoch im Moment nicht wirklich machbar, weil niemand den Kostendeckel von Stuttgart 21 aufheben will und kann. Für die Stadt ist es jedoch eine wichtige Aufgabe, vollkommen unabhängig vom Projekt Stuttgart 21, die Grünverbindungen zu verbessern.

Antwort Bettina Wilhelm:

Ich halte die Idee einer Landschaftsbrücke als Verbindung der Landschaftsräume zwischen der Stuttgarter Seite und den Fildern für bestechend. Deshalb sollte das Thema weiter planerisch untersucht werden, auch was die genaue Lage betrifft. 2011 wurden die grundsätzlichen Überlegungen von Landschaftsbrücken im Zusammenhang mit dem "Rahmenplan Landschaftsraum Filder" erneut aufgegriffen. Mir ist bewusst, dass Landschaftsbrücken nicht aus der Portokasse zu finanzieren sind. Dafür müssen Partner und Förderwege gefunden werden.

Frage 4:

Wasser in der Stadt als Stadterlebniselement:

Die Ufer des Neckars auf Stuttgarter Markung bieten trotz einiger Verbesserungen in den letzten 10 Jahren bei weitem noch nicht die Erlebnis- und Aufenthaltsqualität, die ihrem diesbezüglichen Potential entsprächen – auch im bundesweiten Vergleich hat Stuttgart hier noch zu wenig getan.

Für den Stadtfluss Nesenbach ist die Bilanz noch bedenklicher. 40 Liter/Sek. Quellwasser wird kurz nach der Quelle in einen Abwasserkanal eingeleitet und dem Neckar verdolt zugeführt. Hier hat der Verein 2007/2008 einen früheren Vorschlag des städt. Tiefbauamtes protegirt, diese erhebliche Menge guten Wassers in gesonderter Röhre in die Innenstadt zu führen und in einem offenen Bachlauf durch den Akademiegarten in den Eckensee einzuspeisen. Dies scheiterte am (früheren) Widerstand des Landes und angeblichen abwasserabgabenrechtlicher Probleme auf Seiten der Stadt.

Sind Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, diese beiden Bereiche bzw. Ideen durch eigenen Einsatz in der Stadtpolitik aktiv zu befördern und durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe mit der Vorgabe der Projektpräferenz neu evaluieren zu lassen?

Antwort Fritz Kuhn:

Die Stadt muss an den Fluss und der Nesenbach muss (zumindest teilweise) ans Tageslicht. Für den Nesenbach gibt es im Gerberviertel oder auch am Marienplatz ja schon bauliche Grundlagen. Die Vorarbeiten sind hier bereits vom Verschönerungsverein geleistet und müssen aufgegriffen werden. Und auch für den Neckar gibt es viele Vorstudien und Projekte. Der Flussabschnitt am Cannstatter Wasen muss im Zusammenhang mit dem Neckarpark und seiner künftigen Bebauung in den Vordergrund gerückt werden. Das Projekt „Stadt an den Fluss“ würde die Attraktivität Stuttgart ungeheuer steigern. Und deshalb ist es beim OB, jedenfalls wenn er Fritz Kuhn heißt, Chefsache.

Antwort Bettina Wilhelm:

Durch die „Stadt am Fluss“ - den Landschaftspark Neckar wird die Lebensqualität in Stuttgart und Region erheblich gesteigert. Ich werde mich engagiert dafür einsetzen, dass die vorgesehenen Maßnahmen und Ideen für den Neckar, wie im Bereich des Wasenufers oder bei der Wilhelma, nach und nach umgesetzt werden. Um den Neckar bereits jetzt besser erlebbar zu machen, könnte der Fluss touristisch vom Schiff aus auch Richtung Hedelfingen und Plochingen erschlossen werden. Seit ich eine Fahrt auf einem Frachtschiff, im Rahmen des Kulturprojekts „Die Wasser des Neckars“ im Jahr 2009 gemacht habe, schätze ich den Reiz der typischen Mischkultur aus Weinlandschaft, Siedlungs- und Industriebauten besonders.

Seit Juni dieses Jahres wird der Eckensee mit Frischwasser versorgt. Stadt und Land haben sich die Kosten geteilt. Das reizvolle Projekt, den Stadtbach Nesenbach in den Bereichen Möhringer Straße, Gerberstraße und im Schlossgarten sichtbar zu machen, hängt von der Wasserzufuhr aus Kaltental ab, wo der Stadtbach heute schon vorhanden ist. Dazu ist der Einbau einer Bachwasserleitung in den Hauptsammler Nesenbach erforderlich. Damit können auch die Unteren Schlossgartenanlagen eine Wasserzufuhr erhalten. Die finanziellen Hürden sind allerdings hoch.

Antwort Sebastian Turner:

Stuttgart ist eine wasserarme Stadt. Den bestehenden Gewässern wird aus meiner Sicht bei weitem nicht der Stellenwert beigemessen, den diese verdienen. Ich will mich im Falle einer Wahl dafür einsetzen, dass sich Erfolgsgeschichten wie beim Max-Eyth-See wiederholen. Ich freue mich in diesem Zusammenhang sehr über das große private Engagement rund um den Kabarettisten Christoph Sonntag. Die öffentliche Hand darf sich aber bei diesem Thema nicht aus der Verantwortung stellen und mit Verboten das bürgerschaftliche Engagement ersticken.

Der Verband Region Stuttgart hat mit dem Masterplan „Landschaftspark Neckar“ einen wichtigen Prozess angestoßen. Als Oberbürgermeister würde ich der Umsetzung der zahlreichen Stuttgarter Projekte den notwendigen Nachdruck verleihen. Große Entwicklungspotentiale sehe ich bei den innerstädtischen Seen - dem Eckensee und dem Feuersee, deren Wasserqualität bedenklich ist. Gerne will ich mich für die Nutzung von Quellwasser des Nesenbachs für den Eckensee und die Renaturalisierung desselben einsetzen.

Frage 5:

Identitätsstiftung durch Baudenkmäler:

Stuttgart gehörte zu den im 2. Weltkrieg am stärksten zerstörten Städten Deutschlands. Dem Aufbau fiel weiterer historischer Gebäudebestand zum Opfer. Das bundesweite Projekt der *Denkmal-Topographie* erstrebt die Bestandsaufnahme und Kategorisierung aller vorhandenen Denkmalobjekte zum Zwecke besserer Bewahrung; der städtische Anteil im Projekt würde Euro 80.000,00 betragen. Ein *kommunales Denkmalförderungsprogramm* von etwa Euro 1,5 Millionen würde der Erhaltung einschlägiger Objekte und der Förderung der ortsansässigen klein- und mittelständischen Bau- und Hand-werkswirtschaft dienen. Das *Denkmalschutzgesetz des Landes* fokussiert stärker als die Gesetze anderer Bundesländer die Erhaltung bauzeitlicher Substanz und vernachlässigt u. E. die positiven Auswirkungen des in weiterem Sinne verstandenen Denkmalschutzes auf die Stadtbildbewahrung.

Sind Sie bereit, sich im Falle Ihrer Wahl für das Projekt *Denkmal-Topographie* und ein kommunales *Denkmalförderungsprogramm* einzusetzen und Ihren Einfluss auf das Land zu einer Überprüfung des *Landesdenkmalrechts* im beschriebenen Sinne geltend zu machen.

Antwort Bettina Wilhelm:

Ich würde mich für die Idee eines Stuttgarter Denkmal-Lexikons einsetzen. Soweit mir bekannt, hat die Verwaltung alle Denkmale in einer Datenbank erfasst. Diese könnte ohne personenbezogene Daten mit historischen Fakten und überlieferten Geschichten ergänzt und dann öffentlich über das Netz zugänglich gemacht werden. Die Sichtung und Sammlung historischer Daten wäre eine lohnende Aufgabe für eine bürgerschaftliche „Geschichtswerkstatt“. Wir haben in Stuttgart wenig Denkmäler, sie sind zu schützen, ständig zu pflegen und zu fördern.

Ob die Beteiligung an dem bundesweiten Projekt Verbesserung bringt, muss geprüft werden. Zusätzliche Mittel zur Erstellung denkmalpflegerischer Begleitpläne oder öffentlichkeitswirksamer "Gebrauchsanleitungen" zum Umgang mit bestimmten Denkmälern (beispielsweise Wohnanlagen der 80er Jahre) halte ich für sinnvoll. Denkmalmittel von 400.000 Euro wurden zuletzt für den Doppelhaushalt 2000/2001 von der SPD beantragt, jedoch nicht beschlossen. Ich halte ein solches Förderprogramm für sinnvoll. Diese Zuschüsse könnten in vielen Fällen helfen, mehr Akzeptanz bei den Eigentümern für die vom Denkmalschutz geforderten Maßnahmen zu finden.

Eine Überprüfung des Denkmalschutzgesetzes halte ich für dringend notwendig. Es müssen auch solche Gebäude geschützt werden, die im Lauf der Jahrzehnte oder Jahrhunderte einiges an bauzeitlicher Substanz verloren haben, aber trotzdem historisch wertvoll sind, oder das Gesicht der Stadt prägen.

Antwort Sebastian Turner:

Denkmalschutz gehört für mich zu den ganz wichtigen „weichen“ Standortfaktoren auch für eine Wirtschaftsregion wie Stuttgart.

Das Projekt „Denkmal-Topographie“ wurde erfolgreich in den Städten Esslingen, Ludwigsburg, Heilbronn oder Pforzheim durchgeführt. Schade, dass dies in Stuttgart noch nicht der Fall war. Ich halte eine bessere Bestandsaufnahme und Kategorisierung für generell notwendig. Eventuell braucht es Anstrengungen über das Projekt „Denkmal-Topographie“ hinaus. Nicht zuletzt die Negativschlagzeilen der vergangenen Wochen und Monate zeigen, dass hier Vieles im Argen liegt. Eine umfassende Dokumentation und Kategorisierung wäre auch eine gute Grundlage für ein kommunales Denkmalschutzprogramm, das ich ebenfalls unterstütze.

Der Begriff des „Denkmals“ sollte dahingehend reformiert werden, dass städtebauliche Gesichtspunkte für den Erhalt eines Gebäudes stärker zum Tragen kommen, ohne dass die wissenschaftliche und zeitgeschichtliche Bedeutung unserer Denkmäler von rein ästhetischen Faktoren abhängig gemacht wird. Gerne will ich mich dafür im Rahmen meiner Möglichkeiten beim Landesgesetzgeber einsetzen.

Antwort Fritz Kuhn:

Wir müssen mehr erhalten und sanieren. Die Geschichte ist ein wirkmächtiger Teil der Gegenwart und deshalb muss man sorgsam und bewahrend damit umgehen. In den letzten Jahren war der Umgang in Stuttgart allzu oft leichtfertig. Das Kriterium „Denkmalschutz“ muss mit dem Kriterium „stadtbildprägend“ verbunden werden. Was macht einen Stadtteil aus? Wo stehen die wichtigen Landmarken? Dennoch sind Denkmalschutzlisten ein wichtiges Instrument, doch in Stuttgart sind solche Listen nicht öffentlich. Ich konnte das fast nicht glauben, als ich es gehört habe. Bauten und Denkmäler und ihre wichtige Position für die Identität der Stadtteile und Quartiere müssen in der Diskussion um die Entwicklungschancen von Stuttgart in den Vordergrund gestellt werden. Die Menschen müssen den Wert eines historischen Gebäudes und einer gewachsenen Stadtstruktur erkennen können. Auf der politischen Ebene brauchen wir eine gemeinsame Lösung von Stadt und Land.

Frage 6:

Grünanlagen in der dicht besiedelten Stadt:

Sie sind unerlässliche Erholungsflächen der Bürger, in Zeiten des Klima-wandels dringend erforderliche Klimaoasen, weiche Standortfaktoren und wichtiges Mittel der vorausschauenden Stadtgestaltung. Ihre Unterhaltung erfordert deshalb in der Zukunft nicht weniger, sondern mehr kommunale Mittel. Damit könnte auch der Tendenz der gegenwärtigen Grün- und Freiflächenplanung vorgebeugt werden, zur Vereinfachung der Bestands-pflege eine zunehmend naturferne Ausgestaltung neuer Freiflächen vorzusehen. Für die stadtbildprägende und stadtklimatisch wertvolle *Parkanlage der Villa Scheufelen* zwischen der Stafflenbergstraße und der Alexanderstraße besteht ein Freiflächengestaltungsplan, allerdings keine bauplanungsrechtlich verbindliche Sicherung.

Sind Sie bereit, sich im Falle Ihrer Wahl für eine Ausweitung der Mittel für die Grünflächenaufgaben in künftigen städtischen Haushalten einzusetzen? Wären Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, die Parkanlage der Villa Scheufelen und andere vergleichbare Flächen mit ähnlichem Planungsstatus durch eindeutige Ausweisung als Grünflächen im Bestand zu sichern?

Antwort Sebastian Turner:

Grünflächen und Bäume innerhalb einer Großstadt sind für mich ganz wichtige Wohlfühlfaktoren, die eine Stadt lebenswert machen und ihr Qualität verleihen. Es muss gewährleistet sein, dass die notwendige Pflege der städtischen Grünanlagen durchgeführt wird. Neben dem städtischen Engagement hoffe ich dabei auch auf privates Engagement bei unseren öffentlichen Grünanlagen, wie es der Verschönerungsverein ja bereits vorbildlich macht. Dieses Engagement möchte ich mehr als bisher unterstützen. Bürokratische Hürden will ich hier abbauen. Gerne will ich mich als möglicher Oberbürgermeister beim Gemeinderat dafür einsetzen, dass bestehende Grünflächen wie im Park der Villa Scheufelen durch notwendige Änderungen beim Planungsrecht dauerhaft in ihrem Bestand gesichert werden.

Antwort Fritz Kuhn:

Stuttgart braucht mehr grün. Das ist offensichtlich. Natürlich müssen wir im ein oder anderen Fall Baulücken schließen und intelligent nachverdichten. Aber in vielen Fällen brauchen wir mehr grün: im Stuttgarter Westen ist jeder begrünte Innenhof ein Gewinn für alle Anwohner. Und entlang vieler Straßen fehlen Bäume.

Der Park der Villa Scheufelen soll ein öffentlicher Park bleiben. Deshalb wird die Diskussion um den Verkauf der Villa oder eine eigene sinnvolle Nutzung durch die Stadt von den Grünen so intensiv geführt. Die Sicherung des Parks ist für mich selbstverständlich, es müssen so viele Menschen wie möglich von diesem schönen Flecken in der Innenstadt erfahren und ihn dann auch erleben können.

Antwort Bettina Wilhelm:

Stuttgart weist einen hohen Grün- und Freiflächenanteil auf, der jedoch gerade in den hochverdichteten Innenstadtbezirken qualitativ aufgewertet und soweit möglich erweitert werden muss. Dabei sind sowohl die öffentlichen als auch die privaten Grünflächen als Teil des Grünsystems anzusehen. Im dicht bebauten Stuttgarter Westen halte ich z.B. eine Öffnung und Aufwertung des Diakonissenplatzes für notwendig. Mit einer naturnahen Gestaltung der Schulhöfe als Spiel und Freizeitfläche könnten diese nach der Unterrichtszeit überdies für die Allgemeinheit geöffnet werden. Somit entstehen zusätzliche wertvolle Spiel- und Freizeitflächen. Dabei ist es wichtig die gesamte Schulgemeinschaft und Nachbarschaft in die Planung und Umsetzung aktiv mit einzubeziehen. In der Stadt Ludwigsburg habe ich mit solch einem Programm bereits sehr gute Erfahrung gemacht.

Die Parkanlage der Villa Scheufelen besitzt große Qualitäten, die leider noch zu wenig wahrgenommen werden. Eine Gestaltung und Verbesserung der Zugänglichkeit der Parkanlage sowie eine Nutzung der Villa Scheufelen, die zur Attraktivität des Parks beiträgt, halte ich für richtig. Die Stadt hat dies erkannt. Noch in diesem Jahr werden durch das Gartenbauamt Verbesserungen in einigen Bereichen wie Eingang und Spielmöglichkeit im Park vorgenommen. Voraussetzung für weitere Maßnahmen ist eine bauplanungsrechtliche Sicherung dieser Fläche. Zudem sollte die Parkanlage mit der Grünfläche an der Sünderstaffel verknüpft werden.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf den Park und das Gebäude der Villa Berg zu richten. Es muss uns gegenwärtig sein, dass dieses historische Gebäude, eine Wiege des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Stuttgart sowie eine historische Stadtachse von der Berger Kirche zum Schloss Rosenstein, der Wilhelma mit Theater und der Grabkapelle auf dem Wirttemberg bildet. Der Park darf nicht angetastet werden, er liegt mitten in der Stadt, die Villa Berg soll wieder öffentlich Ort für kulturelle Ereignisse und Veranstaltungen werden. Eine Idee, die unbedingt weiter forciert werden sollte.

Der Verein sieht in der Aktion der Fragen und Antworten sowohl eine Entscheidungshilfe für Wähler als auch die in gewissen Grenzen durchaus gültige und wenigstens moralisch einforderbare Selbstverpflichtung des oder der künftigen OB Stuttgarts, die hier getroffenen Sachaussagen im Arbeitsalltag des neuen Stadtoberhauptes auch tatsächlich in Taten umzusetzen. In diesem Sinne versteht der Verein die Aktion als einen Schritt für den Wahlkampf weg von Schlagworten und einzelnen Großthemen, hin zur Betrachtung der gesamten äußerlich sichtbaren Zukunft der Stadt.